



---

**TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik**

**Titel:** Staatliche Einflussnahme auf Terminvergabe für freiberufliche Praxen ablehnen

**Entschließungsantrag**

**Von:** Wieland Dietrich als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein  
Christa Bartels als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein  
Dr. Thomas Kajdi als Delegierter der Ärztekammer des Saarlandes  
Dr. Susanne Blessing als Delegierte der Landesärztekammer Baden-Württemberg  
Dr. Svante Gehring als Delegierter der Ärztekammer Schleswig-Holstein  
Dr. Hartwig Kohl als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer  
Uwe Brock als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein  
Dr. Hans Ramm als Delegierter der Ärztekammer Hamburg  
Fritz Stagge als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein  
Dr. Anne Vitzthum als Delegierte der Landesärztekammer Baden-Württemberg

---

**DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:**

Der 117. Deutsche Ärztetag 2014 lehnt eine gesetzliche Regelung für die Terminvergabe in Arztpraxen ab. Nur der behandelnde Arzt kann die medizinische Notwendigkeit oder Dringlichkeit feststellen.

Eine unkoordinierte Inanspruchnahme (fach-)ärztlicher Leistungen würde dazu führen, dass die Behandlungsoptionen für ernsthaft erkrankte Patienten weiter eingeschränkt werden.

Eine Finanzierung gesetzlicher Termingarantien aus Versorgungsmitteln wird abgelehnt, weil die bürokratische Ausgestaltung dieser Maßnahme zwangsläufig zu Mittelabflüssen aus der Versorgung führen und somit das Terminangebot und die Behandlungsoptionen zusätzlich verringern würde.

Es ist unsinnig, das begrenzte Honorar zunehmend für Bürokratie zu verwenden und es so der Versorgung zu entziehen. Es ist festzustellen, dass unter budgetierter Finanzierung ärztliche Leistungen nicht kurzfristig unbegrenzt verfügbar sind.

---

Angenommen:  Abgelehnt:  Vorstandsüberweisung:  Entfallen:  Zurückgezogen:  Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0